

# Für sachliche Debatte

## Junge Union informiert sich über geplante Windkraftanlage

**Mitglieder des Kreisverbands der Jungen Union Ludwigsburg und der JU-Gebietsverband Stromberg-Neckar informierten sich vor Ort über Windkraft.**

**Ingersheim.** Der geplante Bau der Windkraftanlage löst bereits seit einiger Zeit Diskussionen innerhalb der betroffenen Gemeinden aus. Die Junge Union fordert hier vor allem, die Debatte zu versachlichen. Die Ängste der Bevölkerung und Anwohner seien dabei durchaus ernst zu nehmen.

„Wenn das Projekt technisch realisiert werden kann und sich wirtschaftlich trägt sowie die Anwohner nur im Rahmen des bei anderen Baumaßnahmen Hinzunehmenden belastet werden, spricht aus Sicht der Jungen Union nichts gegen den

Bau der Anlage“, sagt der Vorsitzende des JU-Kreisverbandes Ludwigsburg, Steffen Kirsch. Auch sei es für die Weiterentwicklung der Kulturlandschaft kein Nachteil.

Man gehe davon aus, dass sich das Windrad, wie auch schon andere Infrastrukturprojekte, in die Landschaft einfügen werde. „Kulturlandschaften sind geprägt von den Menschen. Daher sollte es nicht das Ziel sein, auf einem Stand einzufrieren, sondern sich stetig auch Neuem zu öffnen“, so Kirsch. Die Eisenbahn oder die Neckarkanalisation seien ebenfalls starke Eingriffe gewesen.

Eine regionale Energieerzeugung in Baden-Württemberg sei generell zu fördern. So sei der Standort des Windrades unter Berücksichtigung aller Belange ausgewählt worden. Gutachten sowie Untersu-

chungen würden dies belegen. „Ich bin erleichtert, dass die Warttumsiedlung durch den Bau nicht vom Schattenschlag und Lärm betroffen ist“, betont der Gebietsvorsitzende der JU Stromberg-Neckar und Stadtrat, Achim Schober. Allerdings müsse geklärt werden, ob Folgen der Infraschallwellen zu erwarten seien. „Gesundheitsschäden durch den Bau der Anlage müssen ausgeschlossen sein“, mahnt Schober. Ziel müsse sein, Energieträger dort zu fördern, wo sie mit Mensch, Tier und Umwelt im Einklang stehen. „Der Stil der Gegner der Anlage ist bedenklich. Energiepolitik darf nicht als Glaubenskrieg geführt werden“, so Kirsch weiter. Die JU spreche sich für einen sachlichen Dialog der Betroffenen statt Geschrei der Aufgeregten aus, schloss Achim Schober. bz